

Titel der Drucksache:

**Satzung der Landeshauptstadt Erfurt zur Durchführung von Befragungen im Rahmen einer freiwilligen Bürgerbeteiligung - Information zur DS 1860/15**

Drucksache

**0606/16**

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Dienstberatung OB	07.04.2016	nicht öffentlich
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile	19.04.2016	nicht öffentlich
Stadtrat	27.04.2016	öffentlich

## Informationen aus der Verwaltung

### Sachverhalt

Die Stadtverwaltung Erfurt führt auf Basis der Satzung zur Wohnungs- und Haushaltserhebung einmal im Jahr eine Bürgerbefragung durch. Im Jahr 2015 erarbeitete die Abteilung Statistik und Wahlen des Personal- und Organisationsamtes in Abstimmung mit dem Dezernat für Wirtschaft und Umwelt einen Satzungsentwurf (DS 1860/15) über die Durchführung von Befragungen im Rahmen einer freiwilligen Bürgerbeteiligung (einschließlich der aleatorischen Bürgerbeteiligung). Dieser Satzungsentwurf stellt eine Flexibilisierung der Möglichkeit zur Durchführung von Befragungen dar und soll die Satzung über die Wohnungs- und Haushaltserhebung ablösen. Gründe für die Flexibilisierung können dem Anhang der DS 1860/15 entnommen werden. Weiterhin soll der Satzungsentwurf ein Element der neuen Bürgerbeteiligungslandschaft in Erfurt sein.

Nach Zustimmung aller Verwaltungsbereiche erfolgte die Vorabprüfung des Satzungsentwurfes durch die Rechtsaufsicht des Landesverwaltungsamtes. Die Rechtsaufsicht bestätigte die Satzung und hat keine rechtlichen Bedenken festgestellt. Anschließend wurde die DS 1860/15 als Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht.

Der Stadtrat verwies die Satzung in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile unter Hinzuziehung der Ausschüsse für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben, Stadtentwicklung und Umwelt, Jugendhilfe, Bildung und Sport, Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und des Hauptausschusses. Im Vorfeld der gemeinsamen Sitzung sollte die Drucksache der Geschäftsführung des Trialoges zur Diskussion und Beratung ausgehändigt werden.

Am 7. März 2016 fand die Sitzung des Trialoges zur Diskussion über die Satzung zur Durchführung von Erhebungen und der aleatorischen Bürgerbeteiligung statt. Der Satzungsentwurf wurde durch die Abt. Statistik und Wahlen, Herrn Bulenda, vorgestellt. Innerhalb und im Anschluss der Vorstellung des Satzungsentwurfes wurde über die einzelnen Satzungsinhalte diskutiert bzw. Fragen geklärt. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Beteiligten des Trialoggespräches diesen Satzungsentwurf befürworteten und diesen grundsätzlich positiv bewerteten. Einige wenige Fragestellungen konnten innerhalb des Trialoges nicht abschließend geklärt werden und wurden zur weiteren Prüfung und Klärung im Protokoll aufgenommen.

Im Anschluss wurde das Protokoll allen Trialogbeteiligten zur Verfügung gestellt und nach weiterer Prüfung durch die Verwaltung eine Stellungnahme zu den Protokollanmerkungen erarbeitet. Hieraus ergibt sich die Änderungsdrucksache DS 0604/16 zur Drucksache 1860/15. Das Protokoll sowie die Stellungnahme sind dieser Information beigelegt.

#### **Anlagenverzeichnis**

Anlage 1 - Protokollauszug Trialog vom 07.03.16 zum TOP DS 1860/15

Anlage 2 - Abwägungsergebnis zum Protokoll vom 07.03.16

(die Anlagen liegen in den Fraktionen und im Bereich OB zur Einsichtnahme aus)

23.03.2016, gez.Schreeg

Datum, Unterschrift